



Vierteljähriger Abonnementpreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Ausgabe 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. - Anzeigenabrechnung für den Raum einer sechzehnseitigen Zeitung 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 50. Mittag-Ausgabe.

Sechzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 30. Januar 1879.

## Deutschland.

### O. C. Landtags-Verhandlungen.

40. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 29. Januar.  
11 Uhr. Am Ministersthule: Fall, Maybach und mehrere Commissarien.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung erhält Abg. von Ludwig das Wort: Dem Herrn Präsidenten ist von zwei Personen, welche bei dem bekannten Bonner Fall beteiligt waren, ein Schriftstück zugemessen, welches er dem Hause mitgetheilt wünscht. Ich bin bereit, diese Mittheilung zu bewirken. Das Schreiben lautet: „Bonn, den 26. Januar 1867. Ein rebeher sich die unterzeichneten Mitglieder der hiesigen Lese- und Erholungs-Gesellschaft die ergebnste Bitte vorzutragen, dem Hause der Abgeordneten Folgendes gefällig mittheilen zu wollen: Nach Einsicht des stenographischen Berichtes vom 18. Januar (Nede Franzen's), sowie nach den Mittheilungen der Presse über die Nede des Herrn v. Ludwig vom 24. d. M. erklären wir der Wahrheit gemäß: Der besprochene Karnevalsscherz, von allen Anwesenden harmlos aufgenommen, ist in seinem wesentlichen hervorgehobenen Theile ohne Beweis des Herrn Professor Dr. Obernier, ohne Gewänder, ohne Verleugnung der kirchlichen Gebräuche oder Glaubenslehren, ohne jegliche Assistenz von Frauenzimmern mit lediglich von den Unterzeichneten vorbereiteten Kopfbedeckungen in wenigen Augenblicken nur von den Unterzeichneten inszenirt worden. Es handelte sich hauptsächlich darum, der Gesellschaft in überzarter Weise einen Vortheil zu geben. Mit ausgezeichneter Hochachtung v. Dr. Walb, Privatdozent. G. Delbermann, Kaufmann.“ — Für mich hat die Auseinandersetzung in der Sache auch durch dieses Schriftstück nichts gewonnen; sie ist aus ihrer bisherigen Ungewissheit nicht herausgekommen und ich kann nur meinen Wunsch wiederholen, durch eine Disziplinar-Untersuchung den Sachverhalt klargestellt zu sehen. (Unruhe.)

Diese Debatte erledigte das Haus in dritter Berathung den Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum deutschen Gerichtsverfahrensgesetz und zu den deutschen Gebührenordnungen für Gerichtsvollzieher und für Zeugen und Sachverständige und wendet sich dann der Berathung des von den Abg. Frey und Genossen gestellten Antrages zu: „die Staatsregierung aufzufordern, in der nächsten Session des Landtages in Anschluß an die Denkschrift vom 15. November 1867, betreffend die Regulirung der Oder, eine Denkschrift vorzulegen, in welcher dargelegt wird, welche Mittel im Laufe der letzten Jahre für die Fortführung der Oderregulirung aufgewandt, welche Erfolge dadurch erreicht sind und in welcher Weise nach dem Plan der Staatsregierung vorgegangen werden soll, um in möglichst kurzer Zeit das Werk zu Ende zu führen.“

Der Antragsteller weist darauf hin, daß die Klage über die mangelhafte Regulirung der Oder eine sehr alte sei, welche fast in jeder Session in dieser oder jener Form zur Sprache gebracht worden sei. Obwohl die Angelegenheit zu wiederholten Malen von beiden Häusern des Landtages und von der Staatsregierung als eine solche bezeichnet worden sei, die die vollkosten Sympathien verbinde, sei sie doch bis heute nicht in den rechten Fokus gekommen. Es handle sich hier um das Staatsinteresse und die Einlösung einer bestehenden gesetzlichen Verpflichtung. In früherer Zeit, bis zum Jahre 1867, habe man die Regulirung des Stromes nicht nach einem bestimmten System betrieben, sondern nur experimentirt. Im Jahre 1867 habe die Regierung zwar der Sachlage durch eine Denkschrift Rechnung getragen, in welcher ein System der Regulirung entwickelt worden sei, trotzdem aber kommt die Sache nicht weiter und hören die Klagen der beteiligten Interessenten nicht auf. Das Project, die Oder für die Dampfschiffahrt nutzbar zu machen, scheiterte daran, daß der Strom noch nicht völlig regulirt sei, das Gleiche sei bei der in Aussicht genommenen sehr wichtigen Hafenanlage in Breslau der Fall. In einer großen Anzahl von Petitionen, die dem Hause vorlagen, werde die Regierung eracht, die bereits projectirten Bauten für die Oderregulirung auszuführen. Sein Antrag bezwecke, dem Lande Klarheit über die concreten Verhältnisse zu verschaffen, damit man übersehen könne, was bereits geleistet, was noch zu leisten sei und welche Mittel für die bereits erreichten Erfolge aufgewendet werden seien. (Beifall.)

Reg.-Comm. Geh. Baurath Schönfelder erwidert, daß die Staatsregierung die Wichtigkeit der Angelegenheit durchaus anerkenne und in der vorliegenden Denkschrift alle Momente augeben werde, durch welche die vollständige Regulirung des Stromes bis jetzt verhindert worden sei. Die Besleumung derselben habe gewisse Grenzen, da es theils an Mitteln, theils an Maßdiensten fehle, auch hänge die Regulirung tiefer gelegener Strecken von den Erfolgen der Melioration der oberen Strecken ab. Uebrigens dürfe man nicht übersehen, daß in zahlreichen Eingaben von Alteisen der Schifferverein und von Handelskammern die volle Anerkennung über die freudenreichen Fortschritte, welche die Regulirung der Oder in den letzten 10 Jahren genommen habe, ausgesprochen sei. Er könne nur wiederholen, daß die Regierung dem Gegenstand stets nasenreine Interesse zuwenden werde, welches die befreiteten Provinzen beanspruchen könnten.

Abg. Schmidt (Stettin): Die heutige Erklärung vom Ministersthule stimmt mit denen überein, welche das Haus seit drei Jahrzehnten gehört hat, und die darin gipfelt, daß die Regierung das Werk nach den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln fördern werde. Am meisten ist auf der für See- und Flusszugänglichen Strecke der Oder geschehen; gegenwärtig wird an der Vollendung des Cäcilieburger Durchstücks gearbeitet. Der früher gemachte Versuch, außerordentliche Geldmittel durch die von der Oder berührten Provinzen und von laufmännischen Corporationen zu erhalten, hatte keinen Erfolg, da mir das Vorsteheramt der Stettiner Kaufmannschaft einen Beitrag in Aussicht gestellt hatte. Das Abgeordnetenhaus hat übrigens jederzeit die Oderregulirung als ein Werk angesehen, welches weniger im Interesse einzelner Provinzen, als im allgemeinen Staatsinteresse zu Ende zu führen sei. Ich empfehle die möglichst einstimmige Annahme des Antrages Freund.

Abg. Hamacher schließt sich den Ausführungen des Antragstellers an und bemängelt, daß dem Hause nicht alljährlich eine Denkschrift vorliegt, in der allgemein über den Fortgang der Bauten bei den Stromen und Kanälen Aufschluß gegeben werde. Nur dann sei die Vollzertretung in der Lage, von dem Stande der Dinge sich ein richtiges Bild zu machen, welches die zahlreichen Petitionen allein nicht zu geben vermögen. Redner hofft, daß diese Anregung genügen werde, um den Herrn Handelsminister zur regelmäßigen Vorlage einer solchen Denkschrift zu veranlassen.

Handelsminister Maybach erkennt diese Anregung als berechtigt an und ertheilt die Zusage, daß er dem nächsten Landtage die gewünschte Denkschrift zugehen lassen werde. (Beifall.)

Abg. Dr. Meyer (Breslau) acceptirt diese Erklärung des Ministers um so lieber, als ihn die Aeußerungen des Regierungscommisars, der dem Kernpunkte des Antrages „Freund“ ausgewichen sei, nicht befriedigt haben. Es komme darauf an, einen schiffbaren Strom in seiner ganzen Länge in einen brauchbaren Zustand zu versetzen, anstatt die Verbesserungen stückweise vorzunehmen; erst dann werde sich das zur Melioration vermentete Capital verzinsen. Besonders in der Nähe von Crossen seien die Hindernisse für die Schiffahrt noch sehr bedeutend. Der Einwand des Regierungs-Commissars, daß die Regierung auf die zu ihrer Verfügung stehenden Geldmittel Rücksicht nehmen müsse, sei zwar vor Jahren richtig gewesen, aber mit jedem Jahre falscher geworden. Man könne doch ein baldiges Ende verlangen, da die Geschichte der Oderregulirung bereits eine so lange sei. Der Antrag „Freund“ sei daher keineswegs verfrüht.

Der Antrag „Freund“ wird mit sehr großer Majorität angenommen. Es folgt die Berathung des Antrages der Abg. Windthorst (Meppen) u. Gen. Die durch Gesetz vom 18. Juni 1875 aufgehobenen Verfassungsartikel 15, 16 und 18 wieder hergestellt. Diese Artikel waren bekanntlich durch Gesetz vom 5. April 1873 verändert worden; die Antragsteller wollen aber nicht diese veränderte, sondern die ursprüngliche Fassung wieder herstellen, in welcher im Art. 15 die Worte (die römisch-katholische Kirche) bleibt aber den Staatsgesetzen und der gerecht geordneten Aussicht des Staates unterworfen und im Art. 18 der dritte Absatz: „Im Uebrigen regelt das

Gesetz die Beschränkung des Staates hinsichtlich der Vorbildung, Anstellung und Entlassung der Geistlichen und Religionsdiener und stellt die Grenzen der kirchlichen Disciplinargewalt fest“ fehlen.

Abg. Reichensperger zweifelt nicht, daß man auch diesen Antrag durch einfache Tagesordnung beseitigen werde, weil man damit am einfachsten das Anhören unangenehmer Wahrheiten abkürzen könne. Das Centrum sei eine solche Behandlung gewöhnt, aber es sei nicht schön, über die Interessen der katholischen Staatsangehörigen, die ein Drittel der Bevölkerung ausmachen, so hinwegzugehen. Die Beendigung des Culturmäßiges sei im Interesse Preußens und Deutschlands notwendig, wenn nicht zum öffentlichen Unglück der Nation eine tiefe Spaltung eintreten sollte, die nur den dargestellten Parteien zu gute käme. Wege zum Frieden gebe es drei: Revision der Maigesetze, Ueberkommen mit Rom und Wiederherstellung der drei Verfassungsartikel. Was die Revision angeht, so habe der Cultusminister erklärt, ohne einen festen Frieden sei an einer Revision nicht zu denken. Auf welcher Basis soll denn ein Frieden geschlossen werden, wenn man die Revision verwirft, bis ein Frieden geschlossen ist? Der Weg der Verständigung mit Rom, der nicht nur durch einen förmlichen Vertrag, sondern auch durch Beprechungen beschritten werden könnte, sei zwar noch nicht abgeschritten, und biete den Vortheil, daß man dabei durch Concessione Seitens der katholischen Gewalt Rechte erhalten könne, die der Staat allein sich nicht verschaffen könne. Die Centrumspartei werde jede Verständigung mit Rom freudig begrüßen, weil sie wisse, daß der römische Stuhl keine Gewissensüberlegungen zugeben werden; und weil sie sich ihrer Pflicht zum Gehorsam gegen die Staatsgesetze voll bewußt sei; infsofern dieelben nämlich das Gewissen nicht verlegen, da auch nach dem preußischen Landrecht kein Staatsunterthan verpflichtet sei, etwas gegen seine Religion zu thun.

Trotzdem sei der dritte Weg der beste, weil die vollständige Selbstständigkeit der Kirche dem Interesse des Staates am meisten entspreche. Allerdings werde dabei die Grenze der staatlichen und der kirchlichen Gewalt einseitig vom Staate festgestellt, aber sofern diese Grenze nur richtig geogenen werde, könne man dem Staat das Recht hierzu nicht absprechen. Dem jetzigen Zustande müsse ein Ende gemacht werden, weil die in den verwaisten Parren ohne Religionsunterricht aufwachsende Jugend sich dem Einfluß der Socialdemokratie nicht so verschließen werde, wie es die ältere Generation gethan, die trotz ihrer tiefen Erbitterung gegen die Regierung doch die Grenze des aktiven und passiven Widerstandes kenne und einhalte. Der sicherste Weg zur Befreiung sei Wiederherstellung der drei Verfassungsartikel, die der Cultusminister schon am 11. December bekämpft habe, um in die Discussion über den Antrag auf Erhaltung der Congregationen, den er sachlich nicht bekämpfen konnte, ein Culturmäßiges Element zu bringen. Der Minister habe mit Recht bemerkt, daß die Maigesetze durch Wiedereinführung der Verfassungsartikel aufgehoben würde und daß diese Gesetze in schwarem Kampfe errungen seien. Dieser Kampf aber sei nicht durch den Widerstand des Centrums, das man immer nur so wenig, als nach der Geschäftsortung möglich, anhört (Widerpruch links), sondern deshalb so schwer gewesen, weil man die Bedenken der Majoritätsparteien gegen die Aufhebung der Verfassungsartikel überwinden mußte. Nicht die Schwierigkeit des Zustandekommens berechtige zur Aufrechterhaltung von Gesetzen, sondern deren Nutzen, und der sei bei den Maigesetzen nicht blos Null, sondern unter dem Getriebpunkt.

Ein Einfluß des Staates auf das katholische Leben werde durch diese Gesetze bezeugt, aber nicht erreicht, denn das katholische Leben befindet sich gerade jetzt im flagrantesten Gegenseite zum Staate. Der Minister habe nun die Wiederherstellung der Verfassungsartikel als Unterwerfung des Staates unter die Kirche bezeichnet. Diese Artikel seien aber ohne Mitwirkung der Geistlichkeit von ernsten Männern eingeführt, die die Unträglichkeit kirchlicher Unfreiheit und politischer Freiheit erkannt hätten, nämlich von dem Frankfurter Parlament, der preußischen Regierung und den preußischen Kammern. Das Episcopat sei niemals, so lange diese Artikel bestanden, über das berechtigte Maß der Freiheit hinausgegangen; der König Wilhelm habe selbst bei seiner Krönungsfeier in Königsberg anerkannt, daß die kirchlichen Verhältnisse durch Geschichte, Gesetz und Verfassung wohlgeordnet seien. Die Artikel würden auch der evangelischen Kirche zu gute kommen, die jetzt auch eine autonome Verfassung besitze. Der beste Blizableiter für verhindernde Agitationen sei möglichst geistige Freiheit in der Verfassung; die einzige moralische Einwirkung zur Besserung der Volksbildung und Gesinnung liege in der freien Kirche. (Beifall im Centrum.)

Von den Abg. Legidi, Gneist, Haude, Cuny, Graf Limburg-Stirum, Riedel, Stengel, Birchow und Windthorst (Bielefeld) wird beantragt, über den Antrag des Centrums zur Tagesordnung überzugehen.

Für den Übergang zur Tagesordnung erhält das Wort

Abg. Gneist: Die drei Verfassungsartikel 15, 16, 18 sind nicht Gesetzesgebungsakte, welche nach reifer Erfahrung über die Verhältnisse von Staats- und Kirchenverwaltung formulirt wären, sondern sie sind in stürmisch bewegter Zeit als eine Concordienformel unter entgegengesetzten Standpunkten angenommen worden. Das Problem einer Grenzregulirung zwischen Kirche und Staat war bisher noch nie gelöst. Aber man war so weit einig, daß die Kirche als die höchste Corporation an erster Stelle ihre Angelegenheiten selbst zu ordnen und zu verwalten habe, daß kirchliche und weltliche Verwaltung getrennt sein müsse. Es ist zahlreichen Mitgliedern der Nationalversammlung, namentlich aus den Gebieten der ehemals geistlichen Fürstenthümer, wohl zu glauben, daß sie bei dem Ordnen und Verwalten an einer Herstellung der römisch-katholischen Theorie, an einer Herstellung kirchlicher Gesetzgebung, Regierung und Gerichtsbarkeit, an einer Herstellung des Jesuiten-Ordens und der Klöster und vieles Andere gebraucht haben, obgleich es nicht ausgesprochen wurde und nach Berathung in engeren Kreisen nicht ausgeprochen werden sollte. Aber, daß dies die Meinung der Mehrheit nicht gewesen ist, ergeben nicht nur die Commissionsberichte und die Neden, sondern auch die Fassung der Artikel selbst, die für alle Kirchen- und Diözesan-Gemeinden völlig gleiches Recht statuiren, womit die Entbindung einer Kirche von den Gesetzen des Staates völlig unvereinbar wäre. So bald die Verfassung promulgirt war, sind nun allerdings von den katholischen Bischöfen Deutschlands aus den vieldeutigen, juristisch undeinbärlichen Worten Selbstständigkeit, Orden, Verwaltung, kirchliche Angelegenheiten die weitgehendsten Folgerungen gezogen. Die Bischöfe folgerten, daß alle Jahrhunderte alten Grenzstreitigkeiten zwischen Kirche und Staat damit zu ihren Gunsten entschieden seien, daß sie einfach von dem Gebiet Besitz zu nehmen haben, was nach Aufzähling des päpstlichen Stuhles der Kirche zukommt, daß jedes thaläthische Nachgeben des Staates nichts mehr als Schuldigkeit sei, als ein rechtliches Anerkenntniß dessen, was der Kirche verfassungsmäßig zukommt.

Diese Ausdehnung des kirchlichen Machtgebietes ist seit 1849 in stetigem Fortschreiten geblieben, bis der Staat auf die in Preußen und Deutschland herkömmlichen Grenzen zurückgegangen ist und die Artikel 15, 16 und 18 erst declarirt und dann aufgehoben hat, auf denselben verfassungsmäßigen Wege, auf welchem sie entstanden sind. Eben weil jene viele bedeutende Worte die exorbitanteste Ausdehnung zulassen, kann der preußische Staat sie nicht wieder herstellen; denn die Herstellung würde etwas völlig Neues aussprechen. Da nämlich die exorbitantesten Folgerungen aus den Wörtern wirklich gezogen sind, so würde der Staat durch einfache Wiederherstellung alle jene Folgerungen der Bischöfe anerkennen, ja er würde anerkennen, daß die römische Kirche den Gesetzen und dem gesetzlichen Aufsichtsrecht des Staates keine Folge zu leisten hat. Dies war in der Zwischenzeit ausdrücklich declarirt. Wenn diese Declaration jetzt weggeschafft wird, so hieße das, er soll auch darauf verzichten und seine leichten und höchsten staatlichen Rechte der völlig ungebundenen päpstlichen Gewalt preisgeben. Es kann das nicht ernstlich gemeint sein, es soll vielmehr eine strategische Position sein, als eine Etappe zu einem modus vivendi. Es ist dies eben der Weg, der von der Möglichkeit der Belebung des Streites geradewegs abführt. Solche Concordienformeln haben in Deutschland stets nur zur heftigsten discordia geführt. Nicht in allgemeinen Formeln und Theoren kann hier ein Friede gefunden werden, sondern in den Einzelheiten der Ausführung durch gegenseitige Rücksicht und Toleranz unter Wahrung der Principien.

Unser Staat wird der römischen Kirche keine Verleugnung ihrer Grundsätze zumutbar über das Verhältniß des Papstes zu allen getauften Christen, von der Herrschaft der Kirche über Ehe, Familie, Schule und andere Gebiete des äußeren Lebens, aber er wird darauf bestehen, daß die Kirche in Ausführung dieser Grundsätze im äußeren bürgerlichen Leben diejenigen Grenzlinien innehabt, die in den deutschen und europäischen Staaten überhaupt als Regel gelten, weil die Institutionen des Staates und die volle Gleichberechtigung anderer Kirchen und Bekenntnisse durch diese Grenzlinien bedingt sind. Die Grundlagen für eine solche Vereinigung sind in der Verwaltungspraxis der Staaten längst gegeben. Die Verhandlungen darüber können nach der heutigen Verfassung der Kirche nur mit dem römischen Stuhl geführt werden. Bei diesen Verhandlungen unter den legitimirten Mädraden werden sich die wesentlichen von den unwesentlichen, die dauernden von den zeitweisen Maßregeln scheiden, und es wird damit derjenigen Opposition der Boden entzogen werden, welche die unerheblichen mit den Glaubenslehren nicht zusammenhängenden Differenzen am meisten aufzuhalten sucht, um die Staatsgesetze der niederen Geistlichkeit und der Gemeinden möglichst führbar zu machen. Abgesehen von diesem Parteienteil, kann ein Zwischenact, wie dieser, welcher dem Staat eine unmögliche Bedingung vorstellt, eine sachliche Belebung der Streitpunkte nur föhren und hemmen, und darauf beruht unser Antrag auf einfache Tagesordnung.

Gegen die Tagesordnung Abg. Windthorst (Meppen): Der Vorredner hat behauptet, daß Verhandlungen zwischen der Staatsregierung und Rom bestehen, welche einen Ausgleich in Aussicht stellen und unser Antrag durchkreuzen, andere sagen, bezwecke dieselben zu durchkreuzen. An diesen angeblichen Verhandlungen nehmen wir in keiner Weise Theil, sie gehen weit über unsere Köpfe hinweg. Unsere Interessen liegen dabei in guter und geübter Hand, der friedfertige Papst Leo XIII. wird nur ein solches Abkommen treffen, das mit der Freiheit der Kirche vereinbar ist. Wir werden uns jeglicher Abmachung dieser Factoren vollständig unterwerfen und sollte dabei unser jetziger Antrag verworfen werden, so zerfällt er in nichts, im entgegengesetzten Falle leisten wir mit seiner Einbringung den Verhandelnden einen Dienst. Wir wollen mit diesem Antrag klarheit schaffen, was es mit der in Reden und in der Presse so vielfach besetzten Friedfertigkeit der Regierung auf sich hat. Dieser Zweck ist erfüllt. Die Erklärungen des Cultusministers vom 11. December und vom 10. Januar lassen darüber keinen Zweifel, daß es mit diesen Verhandlungen nicht Ernst ist, sondern daß man damit irgend einen anderen Zweck verfolgt. Wenn man der Kirche zumutet, sie solle sich unbedingt den Maigesetzen unterwerfen und abwarten, was man ihr aus Gnade durch milde Ausführung derelben concedit, so ist das eine unmögliche Basis für die Verhandlungen. Wir hatten auch mit diesem Antrag als Abgeordnete des katholischen und protestantischen Volkes die Absicht, dessen gemeinsamen Ruf nach Beendigung des Culturmäßiges und dessen schweren kirchlichen Leidens Ausdruck zu geben, und den Versuch zu machen, diesen Zustand zu beenden. Nicht aus Hohn, wie der Cultusminister meinte, sondern mit vollem Ernst schlagen wir dazu die Herstellung der in 25jähriger Erfahrung bewährten Verfassungsbestimmungen vor. Der Hauptträger des Culturmäßiges, der Abgeordnete Gneist, hat nur eine Kritik unseres Antrages, nicht positive Vorschläge zur Beendigung dieses Kampfes, wie ich gehofft hatte, gebracht.

Sie glaubte, gerade unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen müßten die liberalen Parteien in Gemeinschaft mit uns durch Befreiung der Kirche von politischer Bevorwürfung des Staates Front machen gegen den drohenden Polizeistaat auf politischem Gebiete. Sie haben hier gegen kein Bedrohung empfunden und glauben allein stark genug zu sein, alle Reaktionsschüsse abzuwenden, ich fürchte aber, Sie irren sich darin. Ich fürchte mit diesem Übergang zur Tagesordnung über einen Antrag zu Gunsten der Freiheit der Kirche stehen wir an einem ernsten Wendepunkt, wo man auch andere Freiheiten bald begraben wird. Der Vorredner sagt, die in Riede stehenden Verfassungsbestimmungen seien vager Natur und könnten verschieden interpretirt werden. Das war aber in den 25 Jahren, wo sie in Geltung waren, niemals der Fall, auch ist kein Fall in dieser Periode nachgewiesen worden, wo sie von den kirchlichen Behörden missbräuchlich angewendet worden sind. In jener Zeit hat auch der Staat die von Ihnen verlangte Einwirkung auf die Grenzgebiete und die Grenzbestimmung zwischen Staat und Kirche gebaut. Allerdings die Maigesetze greifen in ihrer Totalität und in ihrem System in die Verfassung der Kirche ein, welche dogmatischer Natur ist, also den Glauben der Katholiken tangiert. Sie beschränken nämlich die freie Einwirkung der kirchlichen Obrigkeit auf die Kirche. Der in diesen Dingen gewiß competente, aber uns feindliche Graf Arnim und verschiedene andere, nicht zu unserer Partei gehörige Autoritäten bestätigen das in ihren Schriften. Sie sollten sich also unserem Antrage gegenüber nicht einfach negirend verhalten. Der Cultusminister hat angedeutet, daß einzelne Bestimmungen der Maigesetze, z. B. die Anzeigepflicht der Geistlichen, in anderen Staaten ohne Anstand von Seiten der Kirche befolgt würden. Aber man kann doch nicht einen Theil einer Gesetzesreihe, welche die Gewissen bedrängt, befolgen, ohne das System als solches anzuerkennen, wenn man nicht in einem ausdrücklichen Protest das Gegenteil constatirt.

In Österreich z. B. basirt ein solches Verhältniß auf einem Konkordat. Dort sind auch wohlwollende Gefüllungen gegen die Katholiken vorherrschend, nicht alle Posten sind wie in Preußen mit uns besonders feindlich gesinnt protestantischen Beamten besetzt! (Auff. Maybach) Der Handelsminister ist allerdings katholisch, aber Handel und Eisenbahnen sind bis jetzt noch nicht confessionell. Bei politischen Umwälzungen in Deutschland hat stets die religiöse Frage eine große Rolle gespielt, deshalb haben unsere Väter seit der Reformation bis zur Auflösung des deutschen Reiches die Religionsfragen gegen Majorität sicher gestellt. Auch in den Wiener Verträgen herrschte noch dieser Geist, das Gleichgewicht zwischen Katholiken und Protestanten wurde hergestellt durch die Zuge

tung und Vermehrung die erste Aufgabe der Sanitätsbehörden in den jetzigen Zeiten sein mühte. Mit tiefer Wehmuth bemerkte ich, daß Sie in so ernsten Zeiten über unsere gutgestellten Anträge zur Tagesordnung übergehen wollen. Seien Sie versichert, daß Sie mit diesem Beschlüsse die Gewissheit besiegen, daß die Gesichter in nicht ferner Zeit auch über Sie zur Tagesordnung übergehen wird. (Beifall im Centrum.)

Der Antrag auf Übergang zur Tagesordnung wird darauf mit großer Mehrheit gegen die Stimmen des Centrums und der Polen angenommen.

Abg. Birchow (persönlich): Ein Widerspruch zwischen dem Programm des Fortschrittes und der heutigen Abstimmung für den Übergang zur Tagesordnung besteht nicht, denn diese drei Artikel handeln von der Freiheit der Kirche; diese steht nicht in unserem Katechismus; wir wollen die Freiheit der Individuen.

Abg. v. Minnigerode wirft die Frage auf, ob es zulässig sei, nach der Abstimmung persönliche Bemerkungen zu machen. — An diesen Zwischenfall knüpft sich eine längere Geschäftsaufordnungs-Debatte, in welcher die Abg. Hanel, Birchow und Graf Bethysh-Huc die vom Vicepräsidenten Kloß geübte Praxis als die richtige bezeichnen, weil bei einem Antrage auf einfache Tagesordnung die Debatte erst mit der Annahme derselben abgeschlossen sei; würde derselbe abgelehnt, so ginge die Debatte weiter fort, also hätte der Präsident gar kein Recht, vor der Abstimmung persönliche Bemerkungen zuzulassen.

Abg. Windthorst (Meppen)theilt diese Auffassung nicht, wünscht aber, daß man heute, ohne Präjudiz, den persönlichen Bemerkungen freien Lauf lasse, denn jede Auskunftung, die gemacht werde, beweise, daß der Antrag auf Tagesordnung nicht zweckmäßig war.

Abg. Windthorst (Bielefeld) persönlich: Der Abgeordnete für Meppen hat gefragt, Waldeß müsse errathen über die Wege, die seine Söhne eingeschlagen haben. Lassen Sie (im Centrum) doch den großen Todten ruhen, den zu begreifen Ihr engherziger Standpunkt gar nicht zuläßt. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Windthorst (Meppen) persönlich: Der Vorredner wird aus der großen Heiterkeit des Hauses (Haufe; Beifall) ersehen haben, daß seine Bemerkung über das Ziel hinausgeschossen. Wenn man jetzt die Heiterkeit in Beifall verwandeln will, so ist das doch nur ein Act der Coutoisse. (Heiterkeit.) Uebrigens habe ich dem verstorbenen Waldeß nahe genug gestanden, um seine Ansichten in diesen Dingen zu kennen. Im Kampfe begreift man die Ansichten eines Mannes viel leichter, als wenn man ihm blind ergeben ist. (Beifall im Centrum. Heiterkeit.)

Damit ist der Antrag Windthorst erledigt.

Das Haus beschäftigt sich darauf mit Petitionen, von denen einige durch Übergang zur Tagesordnung erledigt werden. Die Petition von Fehrs und Genossen, Vorfahren des liberalen Vereins des Kreises Wehlau, bittet um Einführung der Kreisordnung für die östlichen Provinzen im Kreise Wehlau bezw. Aufteilung dieses Kreises zum Regierungsbezirk Wiesbaden. — Die Gemeinde-Commission beantragt: die Petition der Staatsregierung zur Erwägung bei der in Aussicht stehenden Reformgesetzgebung für die westlichen Provinzen zu überwissen.

Referent Knebel führt aus, daß im Kreise Wehlau große Unzufriedenheit herrsche, weil ein Beschluss der rheinischen Provinzialstände vorliege, wonach der Kreis vom Provinzialstrafenverbande ausgeschlossen wird. Die Kreisangehörigen wünschen, auch mit Rücksicht auf die geographische Lage des Kreises die Loslösung von der Rheinprovinz und Aufteilung zum Regierungs-Bezirk Wiesbaden. Die Petenten wünschen, daß diese Aufteilung nicht hinausgeschoben werde bis zur Ausdehnung der Verwaltungsreform auf die westlichen Provinzen.

Abg. Stelzer (Kreisgerichtsdirektor in Wehlau) befürwortet lebhaft den Commissionsvorschlag, dem das Haus mit großer Mehrheit beitritt.

Schluß 3½ Uhr. Nächste Sitzung Freitag, 10 Uhr. (Etat.)

Berlin, 29. Januar. [Amtliches.] Se. Maj. der Kaiser und König hat im Namen des Reiches den Kaufmann Louis Friedrich Bahr zum Vice-Consul in Liverpool und den Solicitor William Cooper zum Vice-Consul in Kirkwall ernannt.

Dem Mitgliede des Kaiserlichen statistischen Amtes, Geheimen Regierungsrath Professor Dr. Meyer sind in der Prüfungs-Commission für das diplomatische Examen die Funktionen des Examinateurs für das Fach der Finanzwissenschaft und Nationalökonomie übertragen worden.

Der ordentliche Lehrer am städtischen Gymnasium zu Halle a. S. Karl Friedrich Meyer ist zum Oberlehrer an derselben Anstalt ernannt worden. Die Königliche Direction der Ostbahn ist mit der Ausfertigung von generellen Vorarbeiten für die Eisenbahnminister Ordnung von Kobbelnde nach Allenstein und von Allenstein nach Mohrungen beauftragt.

Berlin, 29. Jan. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] nahm heute im Gegenwart des Commandanten von Berlin militärische Meldungen entgegen, hörte den Vortrag des Chefs des Civil-Cabinets, Wirklichen Geheimen Raths von Wilnowski, und empfing um 1 Uhr Mittags den Vorstand der Familie von Schwerin, die Grafen Schwerin-Göhrsen, Zieten-Schwerin und Schwerin-Schwerinsburg. Heute findet im Königlichen Palais ein Diner für den neuernannten österreichisch-ungarischen Botschafter Grafen Széchenyi statt.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] besuchte die Kaiserin-Augusta-Stiftung in Charlottenburg.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern militärische Meldungen entgegen und empfing den Gesandten von Alvensleben. Nachmittags um 5 Uhr nahmen Ihre Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin das Diner bei Sr. Königlichen Hoheit dem Prinzen Albrecht ein.

(R. Anz.)

Gewinn-Liste der 4. Klasse 159. Königl. Preuß. Klasse-Lotterie.

Nach dem Bericht von Engel Nachfolger, Kochstraße 20,

ohne Gewähr.

Nur die Gewinne über 20 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigelegt.

Berlin, 29. Jan. Bei der heute fortgeführten Ziehung sind folgende Gewinne gezogen worden:

95 127 41 99 262 (3000) 364 99 402 (300) 8 66 83 540 98 645  
58 735 (1500) 62 1052 94 105 44 49 58 98 205 73 309 34 (300)  
404 22 93 504 (1500) 18 25 (3000) 41 61 638 (600) 735 47 (300) 52  
(300) 75 833 (300) 36 46 50 59 (3000) 64 (600) 71 909 (300) 15 83 93  
94 2075 (3000) 81 188 205 (300) 13 37 54 86 312 34 36 (1500) 464  
66 70 501 (1500) 4 95 605 26 38 (3000) 704 32 35 95 805 60 81 85  
(300) 928 (300) 49 96 99 (300) 3119 97 332 37 41 98 473 572 619  
(1500) 20 813 25 66 94 820 (600) 947 4083 120 (300) 75 83 85  
260 49 345 (300) 498 551 655 707 23 (300) 49 82 827 28 951 55  
5066 71 125 28 78 86 (300) 216 86 305 13 21 47 51 75 417 44 93  
(600) 509 (1500) 21 46 600 27 719 803 32 (1500) 50 75 86 97 918  
(1500) 45 6052 61 75 96 120 263 331 46 56 (600) 83 (300) 408  
53 (300) 618 22 (3000) 29 30 49 73 770 (300) 880 903 24 60 7028  
311 (300) 35 49 67 457 518 (300) 69 601 (300) 38 39 88  
720 43 46 809 23 44 47 75 916 45 76 85 8078 (300) 119 35 220  
87 311 428 (300) 37 536 48 631 (300) 44 54 56 77 (6000) 81 718  
20 61 91 94 812 13 9113 67 237 49 409 32 81 (1500) 531 627 82  
98 759 64 803 11 912 95 (3000).  
10,032 58 101 5 25 (300) 45 90 353 67 420 529 42 603 28 (600)  
44 (600) 76 779 (300) 99 899 11,029 40 70 71 149 255 334 485  
614 38 66 741 849 (300) 56 912 (600) 40 89 12,016 75 176 207  
82 307 92 413 97 664 (600) 77 759 (300) 72 (600) 808 37 (600)  
904 30 13,071 144 70 351 61 86 93 581 663 70 704 37 50 837  
(3000) 965 86 (3000) 92 14,063 95 128 285 408 9 70 534 (300) 83  
616 32 716 (3000) 846 55 15,041 69 202 (1500) 33 84 331 (300) 86  
414 26 83 528 647 93 724 64 70 924 43 46 97 16,173 78 234 63  
444 84 508 (3000) 33 677 958 59 63 65 17,038 164 (3000) 87 467  
551 (3000) 66 75 (300) 614 62 (600) 98 722 28 (300) 59 (300) 67 70  
(300) 97 861 966 89 18,055 71 176 (3000) 77 87 222 32 55 94  
321 (1500) 30 32 98 459 (300) 60 506 63 (3000) 601 33 (300) 40 735  
92 97 848 907 70 19,072 (300) 131 208 94 336 44 439 49 54  
56 66 (3000) 87 513 (3000) 69 625 712 35 824 33 47 (300) 99 929.  
20,020 26 106 12 (1500) 85 252 344 61 481 503 56 748 53  
91 828 60 907 21,187 221 (300) 70 78 319 515 52 91 98 785  
817 72 (3000) 22,002 49 64 168 (600) 76 89 225 36 (1500) 43 308  
(600) 14 54 71 97 622 48 66 (1500) 99 713 815 48 954 84 86 96  
23,154 99 225 371 436 519 23 85 679 700 802 44 48 (1500) 64  
77 (3000) 78 948 24,109 48 70 (600) 76 78 99 (300) 340 (600) 44 62  
(300) 532 (1500) 59 697 (1500) 751 924 (600) 38 (300) 25,073 81  
158 236 327 70 73 97 402 4 28 39 46 (600) 58 68 611 45 (300) 713  
19 (600) 805 82 (3000) 26,181 211 37 62 324 68 401 60 70 95 669  
712 54 77 851 914 84 (1500) 27,088 91 194 236 49 403 15 33 58  
74 551 96 640 877 (3000) 87 901 15 (300) 20 39 28,034 90 256

308 434 53 78 (1500) 84 569 728 39 (1500) 803 977 81 29,025 26  
59 105 (300) 96 202 (300) 10 42 317 45 472 592 645 67 (300) 799  
808 91.

30,029 54 66 167 86 283 347 429 31 602 30 43 759 62 96  
807 (600) 96 978 (300) 99 31,102 35 254 (300) 61 301 400 73 540  
49 74 (3000) 97 648 71 81 87 (3000) 740 (1500) 57 89 800 51 87  
902 9 (600) 23 (300) 53 32,016 23 44 80 90 98 260 61 450 91 95  
511 64 70 83 735 44 808 36 (3000) 61 75 (3000) 947 (300) 55 81 33,028 53  
71 74 114 (300) 77 87 213 320 449 647 66 (300) 79 (300) 749 70  
931 (300) 41 98 34,017 216 89 306 14 35 443 49 79 550 96 653  
718 34 (600) 85 90 850 (300) 936 35,052 62 65 (300) 123 85 221  
55 372 81 84 94 414 62 70 96 571 (300) 78 81 85 715 831 48 81  
92 993 36,055 78 (300) 113 63 235 94 310 48 54 81 460 61 82  
92 531 622 82 718 96 813 17 20 23 36 65 80 84 959 63 74 37,229  
32 41 76 78 343 77 84 95 419 (300) 49 510 92 625 69 729 52 65  
89 88 878 904 53 60 38,006 (300) 69 110 17 53 90 270 79 362  
94 568 88 724 47 61 83 87 806 7 12 23 86 918 57 39,045 46 85  
(1500) 102 28 96 222 347 66 413 49 69 (3000) 82 560 632 59 68  
97 99 700.

40,046 130 69 82 87 247 64 (300) 301 47 50 91 416 502 14  
52 70 75 779 811 22 24 28 29 51 (300) 71 943 41,052 146 (300)  
55 99 233 (300) 43 334 39 82 (3000) 429 530 37 97 625 945 67  
69 79 42,091 (3000) 186 212 310 52 65 84 511 79 627 77 (300)  
83 (300) 701 2 52 99 830 (1500) 92 966 43,073 141 (300) 67 (300)  
206 15 26 79 385 79 492 544 75 94 (300) 607 65 (600) 708 824  
27 93 44,048 190 99 204 6 15 22 90 313 407 9 10 (1500) 36 508  
11 (300) 31 35 52 53 98 623 52 82 709 22 (300) 27 906 61 45,006  
93 (300) 132 62 (300) 238 45 89 338 440 56 64 511 30 (600) 37  
63 612 45 (300) 79 705 76 92 812 64 98 927 33 (600) 46,004 11  
114 19 244 435 42 529 74 623 25 74 95 (300) 97 778 88 805 77  
81 98 954 (600) 47,005 39 70 95 (300) 107 205 10 46 337 56 (300)  
90 496 530 50 83 616 43 768 921 28 29 48,037 52 87 118  
87 (300) 207 98 375 76 413 16 21 38 51 (300) 80 (600) 519 55 89  
(1500) 95 610 56 759 88 823 44 54 90 910 49,002 6 7 78 85 90  
174 288 325 29 47 (1500) 48 442 92 502 52 66 67 92 625 46  
55 765 803 10 37 903 22.

50,007 15 38 44 69 87 94 99 131 39 (300) 241 58 98 499 570

663 709 60 918 32 35 (300) 47 57 66 51,083 104 6 29 270 (600)

89 378 83 400 51 69 75 501 70 84 685 90 (300) 93 743 (1500) 78

811 939 44 52,053 79 92 (300) 156 (1500) 223 68 88 (300) 354 77  
427 28 (300) 503 5 49 72 600 55 61 82 747 (600) 88 902 22 65  
53,015 34 120 35 222 (300) 48 (300) 53 342 53 513 (300) 20 640  
97 718 806 74 85 902 19 (300) 43 (600) 54,047 72 132 44 203 38  
89

der „Wald“ von Otto zur Ausführung gelangte. Ein gemütliches Läzenz beschloß die Feier. — Auch hier nimmt das Bagabondenwesen überhand und wird auch besonders darüber Klage geführt, daß die herumstreifenden Burschen mitunter unverschämt auftreten. Gewiß dürfte es auch in hiesiger Gegenwart am Platze sein, dem Unweten energisch entgegen zu treten.

D. Schmiedeberg, 28. Jan. [Vortrag]. — Gewerbeverein. — Hörner-Schlittenfahrt.] Sonntag Abend 5 Uhr wurde der erste Vortrag zum Beften der hiesigen Kleinlinder-Bewahranstalt vom Herrn Pastor Eitner (über das Leben und Wirken Oberlins) gehalten. — In der gestrigen Sitzung des hiesigen Gewerbevereins wurden wieder gewählt: zum Vorstandes Bürgermeister Höhne, dessen Stellvertreter Fabrikbesitzer Mende, zum Secretär Cantor Leige, Stellvertreter Präparateur-Anstaltsvorsteher Pöschle, Rendant Kaufmann Künzler, Bibliothekar Gaußwirth Curing und als Beisitzer Zimmermeister Groß, Apotheker Gutfeld, Kaufmann Wessels und Landwirtsherrn Peier. Herr Cantor Leige hielt sodann einen Vortrag über Hörner-Schlittenfahrt. Schneefälle und seine Krystallbildung, Schneetreiben und Schneefürme. — Verschlossenen Sonntag war die Hörner-Schlittenfahrt so stark frequentiert, daß zwischen 30—40 Schlitten, fast je mit zwei Personen (aus den Städten Breslau, Görlitz, Hirschberg, Schweidnitz u. a.) herauf und 60 bis 70 Schlitten herunter gefahren sind. Die Partie ist auch sehr verlockend, da die Bahn gut, die Fahrpreise billig (Herausfahrt zwei Personen 4 M., herunter eine Person 1 M.), die Locale oben geräumig und stets warm und die leibliche Verpflegung sowohl auf den Grenzbauden, wie in den Gasthöfen hier selbst, Preußischen Hof und Stern, gut und preiswürdig ist.

# Hermsdorf u. K., 29. Jan. [Die Hörner-Schlittenfahrt] nach der Petersbahn ist durch eingetretene Frost und Schneefall wieder ganz vorzeitig und wird diese interessante Partie wieder stark befürchtet. Eine größere Gesellschaft legte heut die Fahrt bis zum Tieze'schen Hotel in Hermsdorf u. K., von wo dieselben abgefahrene, in 45 Minuten zurück.

O. Neichenbach, 28. Jan. [Zur endlichen Auflösung der hiesigen Bürgerschaft über die schwedende Promenade-Angelegenheit] veröffentlicht die aus den Stadtverordneten Aler, Dietrich, Pachmann, Hoffmann, Zellbaum und Reinhold Bredel bestehende Commission, das im Auftrage der Stadtverordneten-Versammlung verfaßte Promemoria. Die Gründe, welche die Stadtverordneten in verschiedenen Versammlungen bewogen haben, die Planung der Promenade zwischen dem Göhlichplatz und der Franzensteinerstraße, und die Anlage einer für alle Fuhrwerke passablen Fabrikstraße vom Jubenplan nach der Reichsstraße zu beschließen, werden noch einmal genau erläutert und die Begründung des von einem Theile der Bürgerschaft an die Regierung abgegangenen, und von derselben berücksichtigten Protestes als wunderbar hingestellt; insbesondere darauf hingewiesen, daß die Behauptung „die alten Bäume müssen aus gesundheitlichen Rücksichten stehen bleiben“ von mehreren hiesigen Arzten verneint, und die Behauptung „die finanzielle Lage unserer Stadt erlaube solche Ausgaben nicht“, in dem Protest durch nichts bewiesen worden sei. Auch der Ansicht der Protestpartei, daß, wenn das genannte Durchbruchs- und Planirungsprojekt zur Ausführung kommt, 25 Prozent städtische Steuern mehr erhoben werden müßten, gegenüber, wird im Promemoria erklärt, daß die städtischen Behörden die Beschlüsse nicht gefaßt haben, ohne sich zu überzeugen, daß auf keinen Fall deshalb auch nur die geringste Steuererhöhung eintreten würde. Nachdem noch der Verwunderung darüber Ausdruck gegeben worden ist, daß die Regierung erst so lange Zeit nach Empfang des Protestes ihre Verfügung getroffen und nicht einmal nach dem Grundriss „audiatur et altera pars“ vorher Bericht, oder die Einwendung der Acten vom hiesigen Magistrat eingefordert hat, werden noch manigfache Gründe für die Differenz der Stadt nach Osten angeführt und hierauf der Magistrat erfuht: 1) daß derselbe das Promemoria originaliter an die Regierung einsenden und dabei derselben gleichzeitig die nötigen Erklärungen über die finanzielle Lage unserer Stadt, sowie darüber geben wolle, auf welche Weise die Kosten für Ausführung des Projektes beschafft werden sollen; 2) die Regierung schleunigt zu ersuchen, ihren Commissarius baldigst hierher zu senden. Sollte die Regierung diesem Gesuch nicht Gehör schenken, dann würde gegen die Inhabirung der Stadtverordneten-Beschlüsse der Beschwerdeweg beschritten werden; 3) gleichzeitig zu veranlassen, daß bei Hierherkunft der Commissarii die Sachverständigen Baumeister Zellbaum und Baumeister Böttger hier, sowie als Vertreter der Majorität des Stadtverordneten-Collegii Justizrat Hundrich zur Ocular-Inspection zugezogen und nachher vielleicht eine außerordentliche Stadtverordneten-Sitzung angelegt werden, bei welcher der königl. Commissarius gegenwärtig ist. — Auf diesen letzteren Punkt wird jedoch weniger Wert gelegt, als auf die Zuziehung des Justizrats Hundrich, da in dem Promemoria die Ansichten der Stadtverordneten-Majorität genügend klar dargelegt sind.

Gabelschwerdt, 28. Jan. [Bienenzüchter-Verein]. — Stiftungsfest des Gewerbe-Vereins.] In der am 26. d. M. hier selbst stattgefundenen 16. Versammlung des Gabelschwerdt-Bienenzüchter-Vereins, welche von ca. 50 Mitgliedern besucht war, wurde zunächst beschlossen, die zum Zweck der Vereidelung der hiesigen Bienenvölker vom Verein anzulaufenden vier Königinnen bei den Herren Rabiger-Altmann, Brauner-Krotzenburg, Kung-Wölfelsdorf und Kriegel-Gersdorff unterzubringen. Für die erforderlichen Bienenvölker und -Söde haben die einzelnen Bezirke auf Kosten des Vereins zu sorgen. Hierauf hielt Herr Böschke-Altmann einen besonders für Anfänger in der Bienenzucht sehr lehrreichen Vortrag „über Königinnenzucht“. Die im Fragestande vorgefundene Frage bezüglich eines hier abzuhaltenen Honigmärktes soll in der nächsten Sitzung besprochen werden. Gestern feierte der hiesige Gewerbe-Verein in Urners Hotel unter zahlreicher Beteiligung von Mitgliedern und Gästen sein 18. Stiftungsfest, dem auch Herr Landrat von Hochberg bewohnt. Ein geleitete wurde dasselbe durch eine Vereinsitzung, in welcher der Vorsitzende, Präfekt Schulz, einen historischen Überblick über Gründung, Wachsthum und Thätigkeit des Vereins gab. Hierauf hielt Herr Seminarlehrer Raubut einen interessanten Vortrag über elektrisches Licht und ließ derselben eine Beleuchtungsprobe mit einem elektrischen Apparat, bestehend aus 18 Elementen, folgen, welche zur Zufriedenheit der Ausführenden (der Herren Seminarlehrer Dr. Wolfson und Seminarlehrer Raubut), wie zur großen Überraschung der Anwesenden ausgezeichnet gelang, und wofür den genannten Herren wiederholt der lebhafte Beifall gespendet wurde. Bei dem nun folgenden Festmahl, an dem sich über 140 Personen beteiligten, brachte u. A. Herr Landrat von Hochberg den Toast auf Se. Majestät den Kaiser aus. Mit einem Ball schloß das schöne Fest, welches gewiß noch recht lange in Aler Andenken bleiben wird.

y. Dels, 29. Januar. [Aufruf. — Strafanzeige.] Eine Anzahl hiesiger angesehener Bürger richtet in einem Aufrufe an die Bewohner der Stadt die Bitte, die durch Arbeitslosigkeit entstandene Notb mehrerer hiesiger Bürger durch Zuwendung von Geld, Lebensmitteln, Kleidungsstücken und Wasche kindern zu helfen. — Am Montag, Abend 6 Uhr, wurde ein 14jähriger Knabe aus dem benachbarten Dorfe Spahlitz am städtischen Kirchhof von einem Strolche angegriffen, der ihm den Inhalt eines Körbes, Farbewaren, Firnis u. dergl. abnahm, und da der Knabe sich weigerte, die Gegenstände gutwillig herzugeben, denselben würzte und an der Hand verlor.

+++ Bernstadt, 28. Jan. [Zur Tageschronik.] Vor Kurzem kam ein hiesiger Gewerbetreibender in das Billardzimmer des L'schen Cafées, brachte sich eine Cigarre an und bot auch dem Gastwirth eine an. Der Kritiker stellte sich, wie erzählt wird, dicht an das Billard und rauchte stark. Plötzlich erfolgte eine Explosion (die Cigarre war eine sogenannte Feuerwerks-Cigarre) und das Feuer sprühte über das ganze Billard hinweg. Der Raucher blieb ruhig stehen und sah sich das Feuerwerk an. Die übrigen Anwesenden waren sofort bemüht, das Billard von den umhergestreuten Funken zu reinigen; trotzdem hat das ganz neue Billard bedeutenden Schaden gelitten. Der Vorfall soll bei der Stadtkommission bereits zur Anzeige gebracht sein. — Vorigen Sonnabend geriet in Gimmel ein bei der Dampfdruckmaschine beschäftigtes Mädchen mit einem Füße in das Triebwerk und erlitt dabei so schwere Verletzungen, daß der herbeigeführte Arzt zur Amputation des Beines bis zum Knie schreiten mußte. Die Unglücksrede hierauf in das Kreis-Krankenhaus zu Dels gebracht.

— o. Oppeln, 28. Jan. [Neue Baupläne.] Mit Rücksicht auf den projectierten Bau eines Landgerichtsgebäudes im nördlichen Stadttheile und den zum 1. October d. J. zu erwartenden Zugzug einer Anzahl von Gerichtsbeamten zeigt sich für den gedachten Stadttheil eine rege Bauplast und es wird dort nach passenden Bauplänen vielfach Verlangen getragen. Es ist daher darunter anzuerkennen, daß die städtischen Behörden für den in jener Gegend gelegenen planirten Kalkberg und die angrenzenden Straßen einen besonderen Bebauungsplan entworfen, endgültig festgestellt und den Beschluss gefaßt haben, sämlich städtische durch den Plan nachgewiesene Baupläne am Kalkberg öffentlich zum Verkauf auszubieten und, soweit sich angemessene Gebote finden, zu veräußern. Die Bebauung des gefundene Kalkberges wird nicht nur zur Verschönerung der Stadt beitragen, sondern erscheint auch im allgemeinen Interesse nach jeder Richtung em-

— Ober-Glogau, 28. Jan. [Tageschronik.] Gestern Nachmittag 5 Uhr fand die erste diesjährige Stadtverordneten-Versammlung statt. In den Vorstand wurde gewählt Herr Kaufmann Bernard als Präsident, Herr Dr. med. Sabo (neu) als stellvertretender Vorsitzender und die Käufleute Herr Schlelinger als Schriftführer und Herr F. Lorek als dessen Stellvertreter. Sodann wurde auf Antrag des Bürgermeisters Herrn Engel dem Stadtsekretär Herrn Schwengel für dessen unermüdeten Fleiß und Dienst, der er der Versammlung gegenüber sehr lobend hervorhob, eine Gehaltszulage zu bewilligen, davon genehmigt, daß p. Schwinge vom 1. Januar 1879 ab eine jährliche Zulage von 300 M. erhält und außerdem für die bereits geleistete Schreibhilfe bis 1. Januar cr. 75 Mark gewährt werden. — Was die Herren Stadtverordneten bis jetzt vermessen, ist ein Kleiderstander, da durch das Herumliegen der Kleidungsstücke oft Verwechslungen entstehen und dieselben außerdem leicht sind.

A. Leobschütz, 29. Jan. [Die wahnsinnige Marie Clemens. — Aus der Kreisverwaltung. — Muthmaßlicher Selbstmord.] Der Sensations-Artikel eines auswärtigen Stadtblattes über die geisteskranken Tochter des Windmühlenbesitzers Clemens in Dittmerau, dieses Kreises, welcher inzwischen durch die Presse nach den zweitunddreißig Rücksichten der Windrose Verbreitung gefunden, ist nach der gerichtlichen Untersuchung auf ein geringes Maß von Wahrschau zurückzuführen und an dieser Stelle von hier im Wesentlichen auch schon berichtet worden. Guten Vernehmen nach haben die Erhebungen nicht im Geringsten jowil Material ergeben, daß Anklage wegen eines Vergehens oder gar Verbrechens wider das Leben gegen den Vater des geisteskranken Mädchens zu erheben wäre; vielmehr hat sich durch die Erhebungen des Gerichts und der Verwaltungsbehörden herausgestellt, daß der hart verleumde Vater seiner unglücklichen Tochter die Pflege hat angedeihen lassen, welche unter den obwaldbenden Umständen möglich war. Zur Steuer der Wahrschau und zur Gemüthung des tief gebeugten Vaters werden gewiß diejenigen Zeitungen, in welche dieser Sensations-Artikel übergegangen, gern von diesem Bericht Kenntnis nehmen und eine Berichtigung desselben eintreten lassen. — Die Kreis-Communal-Beiträge pro 2. Semester 1878/79 sind auf 8537 Mark 50 Pf. festgestellt, wovon auf unsere Stadt 1444 M. 23 Pf. entfallen. Am 5ten M. wird in dem hiesigen neuen Kreisverwaltungsgebäude die erste Sitzung der Abgeordneten des Kreises abgehalten werden. Analoglich dieses Aces wird die Einweihung des schönen Kreisverwaltungsgebäudes an demselben Tage durch ein Diner im Deutschen Hause feierlich begangen werden. Eine der wichtigsten Vorlagen der Tagesordnung betrifft die Bewilligung eines Beitrages aus der Kreis-Communal-Kasse zur Errichtung des für unsern Ort in Aussicht genommenen Kriegerdenkmals. Der Kreis-Ausschuß hat in seiner vor Kurzem abgehaltenen Sitzung einen Beitrag in Höhe von 1500 M. votirt. Tritt die Kreisversammlung dem Beschluss des Kreis-Ausschusses bei, was zu erwarten steht, so würde der bis jetzt aufgesammelte Fonds zu gedachtem Zweck die Höhe von circa 4000 Mark erreichet haben. Jedenfalls wird man noch in diesem Jahre in die Lage kommen, den in dem glorreichen Kriege gegen Frankreich gefallenen Kriegern aus der Stadt und dem Kreise den pflichtschuldigen Tribut der Dankbarkeit ihrer Brüder abzutragen. Zwei Modelle zu dem Kriegerdenkmal sind bereits durch einen renommierten Bildhauer in Berlin angefertigt worden und die Ausführung eines derselben soll, wie man hört, einem hiesigen Bildhauer übertragen werden. — Am Sonnabend wurde die Leiche der verehrten Brunnenmacher P. von hier aus dem Waschtheite in der Nieder- und Westvorstadt ans Land gezogen. Aus dem Umstände, daß die Ertrunkene in der Nähe des Teiches ihre Oberkleider abgelegt hatte, will man auf einen Selbstmord schließen. Wahrscheinlicher ist, daß die verunglückte Frau in einem Anfall von Geistesstörung in dem Waschhause des Teiches ein Nachtlager gesucht und aus Versehen über die Brüstung der „Schweife“ in das Wasser gefallen und ertrunken ist.

— r. Namslau, 29. Jan. [Präsentations-Predigten.] — Aus der Stadtverordneten-Versammlung.] Am letzten Sonnabend hat der Herr Pastor Kowale aus Dalkau bei Queritz, der sich um das an der hiesigen evangelischen Kirche offene polnische Pastorat beworben, in dem volkischen und in dem deutschen Vermittlungs-gottesdienste derselben, und zwar jedesmal vor außerordentlich zahlreich versammelter Gemeinde, seine Präsentations-Predigten gehalten. Wie allgemein verlautet, hat die Predigt des Herrn Pastor Kowale namenlich der polnischen Gemeinde, für welche er ja hauptsächlich angestellt werden soll, ganz besonders gefallen, und da sich in Bezug auf seine deutsche Predigt nur ein gleiches sagen läßt, so ist es wohl ganz wahrscheinlich, daß Herr Pastor Kowale seitens des hiesigen Magistrats als Patron der evangelischen Kirche in das an derselben dancante polnische Pastorat gewählt und dadurch dem Provisorium an derselben ein Ende gemacht werden wird. — In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung erfolgte zuerst die Wahl des Bureau's derselben und wurden hierbei die Herren Rechtsanwalt Dr. Landau zum Vorsitzenden, Kaufmann Titz zum Stellvertreter derselben, Kaufmann Falin zum Schriftführer fast einstimmig wieder und Herr Kaufmann Ploßke zum Stellvertreter des letzteren neu gewählt. Demnächst genehmigte die Versammlung den freihändigen Verkauf des sogenannten Gallioli-Adlers an den Gutsbesitzer Scholz auf Altstadt für 220 M. pro Morgen und zwar hauptsächlich darum, weil dadurch das Jahren und Viehtrieben auf dem Promenadenweg nach dem Stadtware wegfallen wird. Nachdem der als Regierungs-Sachverständiger fungirende Orgelbauer Herr Schlag in Schweidnitz (Firma Schlag u. Söhne) das von der Stadtverordneten-Versammlung begehrte Gutachten bezüglich der alten und völlig unbrauchbaren Orgel in der hiesigen kath. Pfarrkirche ad St. Petrus et Paulum dahin abgegeben hat, daß diese Orgel einer Reparatur durchaus nicht mehr fähig ist, hat die Versammlung den Bau einer neuen Orgel und resp. die Zahlung des Patronatsbeitrages in vier Jahresraten mit je 881 Mark genehmigt. Auf den Antrag der hiesigen Schützengilde ist ferner derselben der Kaufpreis für die zum Bau der im vorigen Sommer im hiesigen Stadtpark errichteten Schiehalle aus der städtischen Ziegeleri entnommenen Ziegeln bereitwillig erlassen worden. Endlich hat die Stadtverordneten-Versammlung das ihr vom Magistrat vorgelegte Ortsstatut, betreffend die Legung von Granitsteinen und Anbringung von Dachrinnen, mit der Maßgabe genehmigt, daß zu den Kosten der Beschaffung der Granitsteine die betreffenden Hausbesitzer ein Dritttheil, die Commune aber zwei Dritttheile beizutragen haben. Die Kosten der Legung der Granitsteine übernimmt die Commune allein und die Legung selbst erfolgt erst, nachdem Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung sich über die zu belegenden Straßen geeinigt haben.

— Glatz, 28. Jan. [Wiehmarkt. — Feuer. — Brutalität.] Am gestrigen Wiehmarkte waren etwa 400 Stück Pferde, 190 Kühe, 60 Rinder und 85 Schweine aufgetrieben und Käufle aus den meisten Städten der Provinz, sowie aus Sachsen, Hannover, Berlin, Posen, Mainzheim, Breslau, Legnitz, Namslau, Brieg und Dels vertreten. Die Kauflust war eine sehr rege und wurden durchweg verhältnismäßig hohe Preise bezahlt. Der Kaufpreis für Reitpferde belief sich auf 1000—1600 M., für Wagenpferde auf 750—900 M., für gute Adlerpferde auf 400—600 M., für Pferde mittlerer Größe 180—300 M. und für Pferde gewöhnlicher Art auf 60 bis 100 M. pro Stück. Für Kühe wurden 60—120 M., für Jungvieh 30—60 M., für Rinder 25—45 M. und für Schweine 9—90 M. per Stück gezahlt. Maststücke waren nur wenige aufgetrieben. — Heute, Nachts gegen 1 Uhr, brach in der Spielwarenhandlung des Kaufmanns H. in der Tarnowitz-Straße Feuer aus, das glücklicher Weise durch den Revierwächter noch rechtzeitig bemerkt und durch die Mannschaften der freiwilligen Feuerwehr unterdrückt wurde. Obgleich das Feuer im Kerne erstellt wurde, so soll der Schaden, der hierdurch erwachsen, nicht unbedeutend sein. — Gestern Nachmittag versetzte der Arbeiter G. von hier der unberechnlichen K. als Sie die Kronprinzenstraße passierte, ohne jede Veranlassung mit einem Schmiedehammer einen Schlag gegen den Kopf, so daß dieselbe sofort zusammenbrach und bewußtlos nach ihrer Behandlung gebracht werden mußte. Es wird in der Handlungsweise des G. ein Nachtheit vermutet.

S. Ratibor, 28. Jan. [Zur Tageschronik.] Vor den fünf Schiedsmännern der Stadt Ratibor wurden im Jahre 1878 anhängig gemacht 251 Streitachen. Hiervon wurden erledigt 85 durch Vergleich, 16 durch Jurisdikt der Parteien und 150 durch Nebenweisung an den Richter. — Die Stadtverordneten-Versammlung hatte in der letzten Sitzung des alten Jahres, dem Beschluss des Magistrats, daß der Zwingerplatz für den Verkauf von Grünzeug freigegeben werden sollte, bestimmt; es haben sich bis jetzt aber noch sehr wenig Verkäufer auf dem Platz eingeschaut. Die meisten der Verkäufer glauben ihre Waaren auf dem Dominicanerplatz schneller verkaufen zu können und bietet der letztere Platz auch im Winter genügend Raum, was im Sommer keineswegs der Fall ist. — Die neue Wochenmarktsordnung ist bereits von der Stadtverordneten-Versammlung genehmigt und wird nach erfolgter redaktioneller Ausarbeitung dem Beirat Rath in Oppeln zur Bestätigung vorgelegt werden. — Der Fleischmarkt, welcher hier seit Aufhebung der Schlachttaxe eingerichtet worden ist, war den hiesigen Fleischern schon von Anfang an ein Dorn im Auge. Dadurch, daß die Landesleiter im Umkreise von zwei Meilen die Berechtigung haben, diesen

Markt zu beziehen und ihre Waaren feilzubieten, sehen sich die hiesigen Fleischer angeblich in ihrer Existenz bedroht und verlangen die Abschaffung beziehungsweise Beschränkung dieses Fleischmarktes. Trotz vielfacher Beschwerden an die Regierung ist es denselben jedoch bisher nicht gelungen, dies durchzusetzen. Mindestens wäre es auch im Interesse der ärmeren Klassen, welche bei dem Ankauf von gutem und billigem Fleisch hauptsächlich auf diesen Markt angewiesen sind, weil sich die Stadtfleischer mit dem Verkauf von kleineren Quantitäten Fleisch so gut wie gar nicht befassen, sehr zu bedauern, wenn es schließlich doch der Fall wäre. Der Bürgerverein, in welchem diese gleichfalls angeregt worden ist, hat sich ebenfalls mit dem Fleischmarkt bereits beschäftigt und ist nach den damals von Herrn Bürgermeister Schramm abgegebenen Erklärungen zu hoffen, daß sich der genannte Herr der Interessen der ärmeren Bevölkerung auch in diesem Falle warm annehmen wird.

M. Ober-Hendruk, 28. Jan. [Vom Kriegerverein.] Auf Veranlassung des Professor Grundmann-Tarnowicz ist unser Kriegerverein vor Kurzem Mitglied des „Schlesischen Volksbildung-Vereins“ geworden. Als solches genießt er nunmehr die Vergünstigung, daß in gewissen Zeiträumen Männer in seine Mitte geführt werden, welche unentgeltliche Vorträge über allerhand gemeinnützige und wissenschaftliche Fragen halten. Außerdem erwähnt aus dem Verhältnis dieser Mitgliedschaft für den Verein die Möglichkeit, auf eine sehr billige und schnelle Weise in den Besitz einer Bibliothek zu gelangen, indem der Volksbildung-Verein seinen Mitgliedern gegen äußerst geringe, in kleinen Raten aufzubringende Zahlungen möglichst Bücher liefert. Neben der Sorge, welche der Vorstand des Kriegervereins nach der angekündigten Richtung hin tragt, ist er aber gleichzeitig bemüht, auch sonst eine segensreiche Thatigkeit zu entwickeln. So hat er beispielsweise, um dem an ihn ergangenen Erbauen um Unterstützung des Beuthener Waisenbaus Rechnung zu tragen, vorgestern im Saale des Herrn Nagel ein Dilettantentheater veranstaltet, welches die Summe von 113 Mark 60 Pf. einbrachte. Diesen Betrag wird, selbstredend nach Abzug der entstandenen sachlichen Kosten, das genannte Waisenhaus, das einer thalträgigen Unterstiftung eben so werth als benötigt ist, erhalten. Dem Verein gebührt hierfür alle Anerkennung.

Berlin, 29. Jan. [Börse.] Schon beim Schlus der gestrigen Börse schwächte sich die Haltung auf Meldungen aus Paris ganz erheblich ab. Da nun die Schlusnotierungen von der Pariser Börse Courtrügängen zeigten, und da ferner sämtliche Abendbörsen diesen Umstand als Motiv für ihre matte Tendenz hinstellten, so war für die heutige Börse um so weniger eine feste Stimmung vorauszusehen, als der Telegraph auch inzwischen direkte Nachrichten aus Paris gebracht hatte. Diese zeigen eine neue Kritik in der Regierung der französischen Republik im Anzuge und handelt es sich hierbei weniger um den ev. Rücktritt des Ministeriums, als um den des Marschall Mac Mahon. Darauf hin machte sich vor Eröffnung der Börse eine recht gedrückte Haltung bemerkbar und die Hauptspeculationspapiere wurden zu Coursen gehandelt, die die gestrigen Avancen wieder verschwinden ließen. Bald jedoch fand ein durchgreifender Stimmungswandel statt. Starke Deckungsfäule eines grössten Speculanten hatten hierzu Veranlassung gegeben, wenn dieselben auch anfänglich nur die Coursbewegung der Deiter. Creditation beeinflußten, so schlossen sich doch bald die übrigen Effecten der steigenden Bewegung an. In der Prolongation bedangen Credit galt bis 0,40 Dep., Lomb. 0,75 Dep., Franzosen 0,20 Rep., Dis.-Comm. 2% bis glatt, Italiener 0,20 Dep., Destr. Goldrente 0,30 Dep., do. Papierrente 0,07% Rep., 5proc. Russen 0,10 Dep., neue 0,25—0,30 Dep., russ. Noten 0,50—0,75 Rep. Destr. Staatsbahn und Galizier gingen ziemlich lebhaft um, Rudolfsbahn war recht beliebt. Disc.-Comm.-Univ. hatten in fester Haltung eröffnet, ließen dann jedoch etwas nach. Es notierten pr. Disc.-Commandit 124,90—125,50—125, Laurahütte 62½—63½. Ausländische Staatsanleihen und Renten lagen ziemlich fest, die Umläufe erreichten aber nicht den Umfang der Bortage. Von russischen Werthen gingen pr. Februar um: Russen, alte 81,50—75, neue 82,50—75—50, Orientanleihe 55,25—10. Russische Noten wurden recht lebhaft, pr. ult. zu 193,50—5,50 bis 4,50. Februar zu 194—6—5, Prämie 198/2 gehandelt. Auf dem Anlagemarkt war für deutsche und preußische Fonds sehr gute Nachfrage vorhanden, welche Consols 4proc. 0,20%, 4½ proc. 0,10%, Reichsanleihen und Staatschulscheine je 0,05% als Avancen zuführte. Inländische Prioritäten fest, aber still. Neueste Mainzer bedangen 102%. Österreichisch-ungarische Prioritäten behaupten sich gut, brachten es aber zu seinem grösseren Ver

# Berliner Börse vom 29. Januar 1879.

Fonds- und Geld-Course.	
Deutsche Reichs-Anl. <sup>4</sup>	95,25 bzG
Consolidirte Anleihe <sup>4</sup>	103,00 bzG
do. do. 1876 <sup>4</sup>	95,50 bz
Staats-Anleihe <sup>4</sup>	95,20 bz
Staats-Schuldscheine <sup>3</sup>	91,30 bz
Präm.-Anleihe v. 1855 <sup>3</sup>	146,75 bz
Berliner Stadt-Oblig. <sup>4</sup>	101,75 bzB
Pommersche <sup>3</sup>	84,25 G
do. do. 4 <sup>4</sup>	95,40 bzG
do. do. Lndsch.Crd. <sup>4</sup>	102,75 bzG
Posenische neue <sup>4</sup>	95,20 bz
Sachsenische <sup>3</sup>	87,00 G
Landschaft Central <sup>4</sup>	94,80 bz
Kur. u. Neumärk. <sup>4</sup>	96,00 bz
Pommersche <sup>4</sup>	95,50 bz
Posenische <sup>4</sup>	95,50 bz
Freiesch. u. Westsl. u. Rhein. <sup>4</sup>	95,50 bz
Westsl. u. Rhein. <sup>4</sup>	98,20 bz
Sächsische <sup>4</sup>	96,90 bz
Sachsenische <sup>4</sup>	97,40 bz
Eadische Präm.-Anl. <sup>4</sup>	123,20 B
Baierische 40% Anleihe <sup>4</sup>	124,75 B
Cöln.-Mind. Prämienabs. <sup>3</sup>	116,50 bzG
Sächs. Kents von 1870 <sup>3</sup>	72,75 G
Kurh. 40 Thaler-Looze 24,90 B	
Badische 35 Fl.-Looze 151,00 bz	
Krausnicher Präm.-Anleihe 82,50 B	
Oldenburger Looze 141,69 bzB	

Wechsel-Course.	
Amsterdam 100 Fl.	8 T. 4 168,45 bz
do. do.	2 M. 4 167,90 bz
London 1 Lstr.	3 M. 4 20,26 bz
Paris 100 Frs.	8 T. 3 80,90 G
Petersburg 100 SR.	3 M. 6 192,25 bz
Warschau 100 SR.	8 T. 6 194,30 bz
Wien 100 Fl.	8 T. 4 173,30 bz
do. do.	2 M. 4 172,00 bz

Eisenbahn-Stamm-Aktionen.	
Divid. pro 1877	1878
Aachen-Mastricht	— 4 15,90 bz
Berg.-Märkische	— 4 75,69 bz
Berlin-Anhalt	— 4 86,25 bz
Berlin-Dresden	— 4 7,75 bz
Berlin-Görlitz	— 4 15,00 bz
Berlin-Hamburg	— 4 184,50 bz
Berl.-Potsd.-Magdb.	— 4 78,75 bz
Berlin-Stettin	— 4 93,50 bz
Böhni. Westbahn	— 5 68,75 G
Bresl.-Freib.	— 4 62,93 bz
Cöln-Minden	— 4 102,00 bz
Dux-Bedenbach	— 0 17,00 bz
Gal. Carl-Ludw.-B.	— 4 94,25 bz
Halle-Sorau-Gub.	— 0 15,10 bzG
Hannover-Altenb.	— 0 13,50 bzB
Kaschau-Oderberg	— 4 42,75 G
Kronpr. Rudolfsb.	— 5 49,50 bz
Märk.-Posener	— 0 21,10 bzG
Magdebg.-Halberst.	— 4 117,00 bzG
Mainz-Ludwigsb.	— 4 65,00 bz
Niederschl.-Märk.	— 4 97,00 G
Oberschl. A.C.D.E.	— 3 119,25 bz
do. B...	— 3 113,70 bz
Oest.-Kr. St.-B.	— 6 414,00-16,50
Oest. Nordwest	— 5 186,50 bz
Oest.Südb.(Lomb.)	— 0 112-111
Ostpreuss. Südb.	— 0 38,00 bzB
Rechte-O.-U.-B.	— 4 106,40 bz
Reichenberg-Pard.	— 4 35,00 bzG
Rheinische <sup>3</sup>	— 4 105,50 bz
do. Lit. B. (40,gar.)	— 4 93,23 B
Rhein.-Nahe-Bahn	— 0 9,10 bzG
Rumän. Eisenbahn	— 2 31-30 est-31
Schweiz-Westbahn	— 0 14,66 G
Stargard - Posener	— 4 101,95 bzG
Thüringer Lit. A.	— 4 116,50 bzG
Warschau-Wien.	— 5 165,00 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Aktionen.	
Berlin-Dresden	— 0 15 18,89 bzG
Berlin-Görlitzer	— 0 35,75 bzG
Breslau-Warschau	— 0 30,70 bzB
Halle-Sorau-Gub.	— 0 45,00 bzG
Hannover-Altenb.	— 0 25,80 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	— 0 87,25 bzG
Märkisch - Posener	— 4 102,25 bzG
Magdebg.-Halberst.	— 3 104,25 bzG
Oest. Südbahn	— 5 85,50 bz
Oestpreuss. Südb.	— 0 112-111
Ostpreuss. Südb.	— 0 38,00 bzB
Rechte-O.-U.-B.	— 4 106,40 bz
Reichenberg-Pard.	— 4 35,00 bzG
Rheinische <sup>3</sup>	— 4 105,50 bz
do. Lit. B. (40,gar.)	— 4 93,23 B
Rhein.-Nahe-Bahn	— 0 9,10 bzG
Rumän. Eisenbahn	— 2 31-30 est-31
Schweiz-Westbahn	— 0 14,66 G
Stargard - Posener	— 4 101,95 bzG
Thüringer Lit. A.	— 4 116,50 bzG
Warschau-Wien.	— 5 165,00 bz

Bank-Papiere.	
Alg. Denz. Hand. G.	2 — 4 27,25 bz
Anglo Deutsche Bk.	— 0 — 4 —
Berl. Kassen-Vcr.	— 8 <sup>1/2</sup> 15 8 <sup>1/2</sup> /10
Berl. Handels-Ges.	— 0 — 4 146,00 G
Berl. Prud.-u.-Hds. B.	— 0 — 4 56,55 bzG
Braunschw. Bank	— 3 66,00 bz
Bresl. Disc. Bank	— 3 79,99 bz
Bresl. Wechselb.	— 3 65,10 bz
Coburg. Cred.-Bnk.	— 5 71,00 bz
Danziger Priv.-Bk.	— 4 69,00 bzB
Darmst. Creditib.	— 4 105,50 etbz
Darmst. Zettelb.	— 4 112,25 bzG
Deutsche Bnk.	— 6 97,60 bzG
do. Hyp. B. Berlin	— 4 151,75 bz
Diac. Comm. Anth.	— 5 82,35 G
do. ult.	— 5 124,75-124,60
Genossensch. Bnk.	— 4 89,00 G
do. junge	— 5 95,55 G
Goth. Grundcredb.	— 4 93,55 G
do. junge	— 4 94,00 G
Hamb. Vereins-B.	— 4 119,75 G
Hannov. Banz.	— 6 102,10 G
Königsl. Vor. Bnk.	— 6 81,00 G
Lindw.-B. Kwielecki	— 4 52 G
Leipz. Cred.-Anst.	— 4 116,60 B
Luxemburg. Bank	— 3 102,25 G
Magdeburger B.	— 4 107,50 bz
Meiningen do.	— 2 72,40 G
Nordd. Bank	— 4 136,00 etbz
Nordd. Gründner-B.	— 4 49,00 G
Oberlausitzer Bk.	— 4 65,00 bzB
Oest. Cred.-Action	— 4 378,40-383
Posener Pro. Bnk.	— 4 102,49 G
Pr. Cred.-Cr.-Act. B.	— 4 88,50 bz
Pr. Cent.-Bd.-Crd.	— 4 116,50 bz
Sächs. Cred.-Bank	— 4 101,50 G
Schl. Bank-Verein	— 4 83,00 bzB
Weimarer Bnk.	— 4 32,25 G
Wiener Unionsb.	— 4 117,00 G

In Liquidation.	
Berliner Bank	— fr. 4,00 G
Berl. Bankverein	— fr. 27 bzG
Berl. Wechselb.	— fr. —
Centralb. f. Genos.	— fr. —
Deutsche Unionsb.	— fr. 21,00 G
Gwb. Schuster U. C.	— fr. —
Moldauer Lds.-Bk.	— fr. —
Ostdeutsche Bank	— fr. —
Pr. Credit-Anstalt	— fr. 107,25
Pr. Hyp.-Vcrs.-Act.	— fr. 80,60 bzG
Schles. Feuervers.	— fr. 890 B
Donnersmarkhütt.	— fr. 22,00 bzB
Dortm. Union	— fr. 6,75 B
do. abgest.	— fr. 10,10 bz
Königs- u. Laorahl.	— fr. 63,25 bz
Lauchhammer	— fr. 21,00 bzG
Marienhütte	— fr. 44,10 G
Cons. Redenhardt	— fr. 63 B
Schl. Zinkh.-Aktion	— fr. 9 B
do. St.-Pr.-Act.	— fr. 78,40 B
Tarnowitz Bergb.	— fr. 69,40-69,50
Vorwärthütte	— fr. 23,10 G
Baltischer Lloyd.	— fr. 5 G
Bresl. Bierbrauer.	— fr. —
Bresl. E.-Wagenb.	— fr. 50,00 B
do. ver. Oeflarr.	— fr. 50,50 B
Erim. Spinnerei.	— fr. 42,50 G
Görlitz. Eisenb.	— fr. 61,00 G
Hoffm.-Wag.Fab.	— fr. 47,25 B
O.-Schl. Eisenb.	— fr. 27,50 bz
Schl. Leinenind.	— fr. 65,10 G
do. Porzellan.	— fr. 28 G
Wilhelmsb. MA.	— fr. 18 bzG

Industrie-Papiere.	
Berl. Eisenb.-Bd.-A.	— fr. —
D. Eisenbahnb.-G.	— fr. 7,10 G
do. Reiche-u.-Co.-B.	— fr. 69,00 G
Märk. Sch. Masch.G.	— fr. 24,25 bzG
Nordd. Gunninfab.	— fr. 46 G
Westend. Com.-G.	— fr. 0,20 B
Pr. Hyp.-Vcrs.-Act.	— fr. 80,60 bzG
Schles. Feuervers.	— fr. 890 B
Donnersmarkhütt.	— fr. 22,00 bzB
Dortm. Union	— fr. 6,75 B
do. abgest.	— fr. 10,10 bz
Königs- u. Laorahl.	— fr. 63,25 bz
Lauchhammer	— fr. 21,00 bzG
Marienhütte	— fr. 44,10 G
Cons. Redenhardt	— fr. 63 B
Schl. Zinkh.-Aktion	— fr. 9 B
do. St.-Pr.-Act.	— fr. 78,40 B
Tarnowitz Bergb.	— fr. 69,40-69,50
Vorwärthütte	— fr. 23,10 G
Baltischer Lloyd.	— fr. 5 G
Bresl. Bierbrauer.	— fr. —
Bresl. E.-Wagenb.	— fr